



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/25

30. Januar 1950

## Überfall auf die Postkutsche

Die Schutzlosigkeit der Verbraucher gegenüber den öffentlichen Monopolunternehmen kann nicht krasser zutage treten als durch die Methoden, die der Bundespostminister bei der Kapitalbeschaffung für das Fernsprechneldewesen anwenden will. Die von ihm erwirkte Ermächtigung, für Neuanschlüsse eine Sondergebühr von 300 Mark zu erheben, bedeutet einen offenbaren Missbrauch des Postmonopols. Hier wird sozueagen ein Überfall auf die Insassen der Postkutsche durch die Post in aller Öffentlichkeit vorbereitet. Geld her - oder aussteigen!

Die für die Altanschlüsse beantragte Zwangsanleihe von 200 DM für jeden Hauptanschluss ist nichts anderes als eine offenbare einseitige Vertragsverletzung und die Alternative des Verzichts auf den Telefongebrauch begründet eine regelrechte Nötigung - im Amte, wohlgemerkt! Denn Telefonverzicht bedeutet Existenzminderung, Schwächung der Wettbewerbsaussichten. Ausserdem bedeutet die unterschiedliche Behandlung der Alt- und Neuteilnehmer eine ungerechte Benachteiligung gerade der aufstrebenden Existenzen.

Übrigens käme der veranschlagte Kapitalbedarf von 175 Millionen für 350 000 beantragte Neuanschlüsse gerade durch die angekündigte Massnahme zum allergrössten Teil wieder in Fortfall. Denn ihre Wirkung würde sein, dass die Neuanmeldungen zusammenschrumpfen, wahrscheinlich soweit, dass die noch aufrecht erhaltene Zahl von Neuanträgen sich mit den aufgegebenen Anschlüssen der ebenfalls zur Kündigung gezwungenen Altteilnehmer ausgleicht. Die Post brauchte dann nur die freiwerdenden alten Apparate in die Büros und Wohnungen der wohlhabenden Neukunden zu stellen - ein bequemes Verfahren. Der Kapitaladerlass über die Telefonstrippe würde ausserdem das Kleingewerbe im Wettbewerb mit den grösseren Unternehmen entscheidend zurückwerfen. Das flüssige Kapital ist bei zahlreichen Kleinbetrieben kaum höher als die Summe, die jetzt unvermutet für die Weiterbenutzung des Teleföns aufgebracht werden soll .

Warum zerbricht sich im Bundespostministerium niemand den Kopf darüber, wie der veranschlagte Kapitalbedarf vielleicht auch im We-

ge der Eigenfinanzierung verdient werden kann, die man der freien Wirtschaft immer empfiehlt? Ein findiger Kopf in Hamburg hat der

Bundespost den Ausbau des Telefonkundendienstes zu einer grosszügigen Informations- und Werbeeinrichtung vorgeschlagen - mit dem

einzigsten Erfolg, dass die Post geheimnisvoll davon sprach, "sie habe auch noch etwas in der Schublade". Offenbar war das dieser geniale Wild-West-Plan.

Man sollte auch einmal daran gehen, durch eine intensive moderne Propaganda den Reisescheckverkehr so volkstümlich zu machen, wie er in anderen zivilisierten Ländern ist. Die Summe der Traveler-Schecks, die anderswo im Umlauf ist, und einen langen Weg durch Hotels, Läden, Eisenbahnkassen nimmt, ehe sie dem ausgebenden Institut wieder präsentiert werden, übersteigt den in Frage stehenden Investitionsbedarf vermutlich bei weitem. Über den Gegenwert kann die ausgebende Institution langfristig verfügen.

Mit dem vorgesehenen Mittel der Zwangsanleihe aber wird das Postministerium nur einen Widerstand hervorrufen, über dessen Geschlossenheit und Stärke es sich vermutlich nicht im klaren war, als es diese verwegene Idee hatte. -er.

--- --

Das höchste Ziel: Arbeit für alle  
Feststellungen aus Labours Wahl-Manifest

Unter dem Titel "Lasst uns gemeinsam siegen" veröffentlichte die Labour Party ein sehr ausführliches Wahl-Manifest, dem wir einige besonders bemerkenswerte Feststellungen entnehmen:

Wir fördern unsere Mitbürger auf, durch den grosszügigen Gebrauch ihres Wahlrechts zu bestätigen, dass im grossen und ganzen die erste Mehrheits-Labour-Regierung dem Lande gut gedient hat. Die Aufgabe besteht jetzt darin, das Land einer vollständigen Gesundung zuzuführen. Und das verlangt fortgesetzte gewaltige Anstrengungen von uns allen.

Die Labour Party erklärt, dass Vollbeschäftigung der Eckstein der neuen Gesellschaftsordnung ist. Die Labour-Regierung hat die Vollbeschäftigung und den gerechten Anteil aller an den lebensnotwendigen Dingen gesichert. Was für ein Gegensatz zu den Vorkriegstagen: In jenen Tagen fristeten Millionen beschäftigungsloser Männer mit Mühe ihr Leben, bar all der Dinge, die sie selbst in den

stillliegenden Fabriken hätten herstellen können.

Vollbeschäftigung ist die grösste, aber nicht die einzige Leistung der Labour-Regierung. Sechs Kriegsjahre haben unseren Wohlstand aufgezehrt, unseren Handel gelähmt, haben bewirkt, dass unsere Wohnungen und Fabriken durch Bomben zerstört, unsere Schiffe versenkt und unsere ausländischen Investitionen schwer getroffen worden sind. Seit dem Kriege leidet die Welt verzweifelt an Nahrungsmittelmangel. Doch Grossbritannien hat einen Grad der Wiedergesundung erreicht, der von keinem anderen Land übertroffen wird. Zweifellos sind Fehler gemacht worden. Welche Masstäbe man aber auch einer Beurteilung zugrunde legen will: ob den Lebensstandard der Bevölkerung im allgemeinen, den Grad der Beschäftigung, die Seltenheit ernster Arbeitsstreitigkeiten, die Stabilität der Nation oder die Sozialfürsorge, bei jedem angemessenen Vergleich zeigt es sich, dass das britische Volk diesmal unvergleichlich Besseres geleistet hat als nach dem ersten Weltkrieg. Indem sie dem Volk erklärte, welche Massnahmen notwendig seien, indem sie die Sachlage erläuterte, indem sie an die Vaterlandsliebe appellierte und für energische, umsichtige Führung Sorge trug, hat die Labour-Regierung Grossbritannien zu den ersten Siegen des Friedens geführt.

Das höchste Ziel, das wir dem Volk vor Augen halten, ist die Erhaltung der Vollbeschäftigung. Dies ist die Politik der Labour-Partei. Die dringlichste Notwendigkeit für unser Volk liegt darin, mehr zu exportieren, und zwar besonders nach Nordamerika, so dass wir genügend Lebensmittel für uns alle und genügend Rohstoffe für unsere Fabriken kaufen können. Die Labour-Partei wird diesem Problem nicht ausweichen, wie es die Tory-Regierung vor dem Kriege tat. Käme es wieder zu einer Massenarbeitslosigkeit, so wäre wieder einmal die Bevölkerung zu arm, um viel Lebensmittel aus dem Ausland zu beziehen, und stillliegende Fabriken benötigten keine importierten Rohstoffe, Würde die Sozialfürsorge beschnitten, würden die Löhne gekürzt und ginge die Vollbeschäftigung verloren, so könnte es zwar unserem Volk nochmals gelingen, unser Aussenhandelsproblem zu verschleiern - doch müssten wir dafür mit menschlichem Elend, Schlangen vor den Arbeitsämtern und der Spaltung unseres Volkes durch Arbeitsunfrieden bezahlen. Dieses war der Weg der Tories - und er ist es noch heute. Es ist nicht der unsere. Der Weg der Labour-Partei - der Weg der Vollbeschäftigung - ist es, mehr zu produzieren und mehr zu exportieren, die Leistungen zu steigern und die Kosten zu senken.

M i s t a s i

sp. Nach Entgegennahme eines ausführlichen Berichtes des Leiters der Staatlichen Kontrollkommission, Fritz Lange, hat der sowjetzonale Ministerrat auf seiner letzten Sitzung beschlossen, der Volkskammer einen Gesetzentwurf über die Bildung eines Ministeriums für Staatssicherheit vorzulegen. Wie Lange mitteilte, ist zum Leiter dieses Ministeriums eine Persönlichkeit vorgesehen, die "immer die Sicherheit Deutschlands im Sinne gehabt hätte, jedoch auf manchen Wegen gefehlt habe". Das kann doch also nur bedeuten, dass kaum fünf Jahre nach der Liquidierung des SD das Sicherheitshauptamt der SS seine Wiederauferstehung feiert, nur mit dem Unterschied, dass anstelle der Gestapo und des SD eine sowjetzonale GPU und ein SSD gesetzt wird (Staatssicherheitsdienst). Hinsichtlich des Wirkungsbereichs und der Praxis der neuen Gestapo oder GPU-Behörde Piecks erklärte Lange freimütig, dass ihr Aktionsprogramm durch keine "formaljuristischen Gesichtspunkte" eingeschränkt werden würde. Einen Karabiner, einen Galgen, oder auch ein Urteil könne man auch für eine "gute Sache" verwenden! Es komme allein darauf an, wer sie in der Hand habe.

Damit hat sich die sowjetische Besatzungszone dem Terror-Regime der Satellitenstaaten auch äusserlich angeglichen. Mit Hilfe der Nationalen Front sollen den noch vorhandenen bürgerlichen Blockparteien die durch die Verfassung zugesicherten Rechte auf ein Eigenleben genommen werden. Die Aufgabe des SSD wird es aber sein, als Saboteure und Feind der Einheit alle jene ostzonalen Politiker zu liquidieren, die nicht bereit sind, sich in die "Nationale Front" einzureihen und die Oder-Neisse-Linie als "gottgewollte Friedensgrenze" anzuerkennen.

Es ist kein Zufall, dass das Mistasi (Ministerium für Staatssicherheit) in dem Augenblick gegründet wird, in dem die Konzentrationslager geleert werden. Nur naive Gemüter konnten annehmen, dass die Auflösung der Kz auch mit der Beseitigung des bisherigen Terror-systems gleichbedeutend sein würde. Die Volksdemokratie Piecks und Ulbrichts muss ihrer Natur nach mit den gleichen Mitteln arbeiten wie die Gestapo und die GPU, der SD und der neue SSD, also mit den Terrormitteln der Diktatur: dem Haftbefehl, der keiner Kontrolle durch eine demokratische Justiz unterliegt. Das heisst also, dass die Kz der sowjetischen Besatzungsmacht durch neue, Kz-ähnliche In-

stitutionen der deutsch-sowjetischen Volkdemokratie abgelöst werden.

Die Notwendigkeit der Errichtung des neuen SSD wird mit der Veröffentlichung sensationell aufgemachter Berichte über die erfolgreiche "Agententätigkeit" innerhalb der Ostzone begründet. Natürlich fehlt es auch nicht an Angriffen auf das "Ostbüro der SPD" und den "Westberliner Rundfunksender RIAS", die beide weitgehend für die "verbrecherische Tätigkeit" von Agenten verantwortlich gemacht werden. Auf die Frage eines Pressevertreters, ob als Leiter des neuen Ministeriums evtl. der ehemalige Generalfeldmarschall Paulus in Betracht käme, hat Herr Lange jede Antwort abgelehnt. Auf jeden Fall wird es aber, wie der Befragte andeutete, "ein erprobter Mann mit starken Nerven" sein. (b/B90/301/2/hs)

-----  
Paulus - der rechte Mann  
 -----

sp. Zum Chef des neuen Staats-Sicherheits-Ministeriums der Ostzonenrepublik soll der ehemalige deutsche Generalfeldmarschall Paulus ausersehen sein. In diesem Zusammenhang ist besonders interessant, was Karl Heinz Abshagen in seiner Biographie des Admirals Canaris, des Chefs der deutschen Abwehr im Kriege, über Paulus schreibt, der damals Stabschef des Generals von Reichenau war.

Canaris besuchte Reichenau vor Beginn des Frankreich-Feldzuges. Er hatte, wie Abshagen schreibt, die Gelegenheit dieses suches benutzt, um Reichenau in einer Unterredung im kleinsten Kreise anhand des umfangreichen Materials, das er um jene Zeit in seiner Aktentasche mit sich zu führen pflegte, über die Greuelthaten, die Hitler durch die SS in Polen durchführen liess, zu unterrichten. "Reichenau war durch Canaris Darlegungen stark beeindruckt und äusserte sich zustimmend, als dieser darauf hinwies, dass solche Ereignisse dem Ansehen der deutschen Wehrmacht, unter deren Augen sie sich abspielten, in der Welt schweren Schaden tun müssten. General Paulus dagegen, den Canaris in einem Gespräch unter vier Augen gleichfalls besonders wegen der Zustände in Polen ansprach, fühlte sich bemüssigt, Hitlers Massnahmen in dem besetzten Gebiet als gerechtfertigt zu bezeichnen und zu verteidigen. Canaris berichtete den Herren seines Stabes hierüber mit dem Ausdruck tiefer Entrüstung. Für ihn war damit Paulus gerichtet. Er vergass ihm diese Haltung nie. Noch zur Zeit der Katastrophe von Stalingrad erklärte er im Kreise seiner Vertrauten, er könne wegen Paulus' damaliger Stellungnahme zu den

SS-Greueln in Polen jetzt kein Mitlied für ihn empfinden".

Dieser Paulus soll also nun sozusagen der Himmler der Sowjetzone werden. Von seiner Moskauer Schulung abgesehen machen also

auch seine früheren Ansichten durchaus begreiflich, warum er es werden soll.

(m/1/301/hs)

-----

### Schulungswoche in Dortmund

Das Betriebsreferat beim Vorstand der SPD veranstaltet in Dortmund in der Zeit vom 5. bis 11. März einen Zentralkursus für Betriebsarbeit. Teilnehmer sind die für die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit verantwortlichen Funktionäre der Partei in den einzelnen Bezirken. Zu den wichtigsten wirtschafts- und sozialpolitischen Gegenwartfragen sprechen anerkannte Sachverständige. Ein vorläufiger Arbeitsplan hat folgendes Aussehen:

#### Sonntag, 5. März

9.00 Uhr Eröffnung und Erläuterung des Kursus-Zieles,  
15.00 " Referat Prof. Dr. Rittig, Göttingen über die weltwirtschaftliche Lage.

#### Montag, 6. März

9.00 Uhr Prof. Dr. Freller, Wirtschaftsminister in Schleswig-Holstein, über Sozialpolitik

#### Dienstag, 7. März

9.00 Uhr Max Wönner, M.d.B., Vorsitzender des Bezirksverbandes Bayern des DGB über Partei und Gewerkschaft.

#### Mittwoch, 8. März

9.00 Uhr Dr. Erich Potthoff vom Wirtschaftswissenschaftlichen Institut Köln über das Mitbestimmungsrecht.

#### Donnerstag, 9. März

9.00 Uhr Ernst Lorenz, Ludwigshafen, Betriebsratsvorsitzender der Badischen Anilin- und Sodafabriken über die Praxis des Betriebsrates.

#### Freitag, 10. März

9.00 Uhr Betriebsbesichtigung, 15.00 Uhr Kurzreferate der Bezirke.

#### Sonnabend, 11. März

9.00 Uhr Dr. Kurt Schumacher Schlussreferat über "Die politische Situation und unsere Aufgaben".

An den Nachmittagen und Abenden ist vorgesehen, in Arbeitsgemeinschaften den am Vormittag vorgelegenen Stoff zu verarbeiten. Zum jeweiligen Thema soll Referentenmaterial ausgearbeitet werden, das die Bezirke, U.-Bezirke, Kreise und Ortsvereine für ihre Schulungsarbeit verwenden. Die Tagung gilt als Muster für ähnliche Schulungskurse in den Bezirken, U.-Bezirken, Kreisen und Ortsvereinen.

-----

Verantwortlich: Peter Raunau